

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
15. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 08.03.2016 um 17:05 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:05

Ende:
19:20

Vorsitz

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Vincent Endereß
Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Julia Klaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke
Stv. Alexander Viemann

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Achim Metzger
Stv. Peter Schniewind
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. David Hinz
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler
Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
Frau Doris Abel
StORR Michael Rennert
StVR Gerhard Titzer
VA Christoph Tober
Herr Christian Schild
StA Anja Herold
Frau Marion Macias-Bittner
Frau Svenja Pentenrieder
Frau Anja Püschel

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gäste

AM Wolfgang Schmitz
AM Dieter Terjung

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:05 Uhr die 15. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. Dr. Warnecke regt an, den FDP-Antrag zur Gewerbesteuer unter dem neuen TOP 10.1 zu beraten. Ferner schlägt sie eine gemeinsame Beratung der TOP 11.1 und 11.2 analog zum HFA vor, dafür habe die Verwaltung zwei neue Listen vorgelegt. Daraufhin sei die Nichtöffentlichkeit zur Beratung der TOP 21-23 herzustellen, sodann werde der Haushalt dann wieder in öffentlicher Sitzung beschlossen.

Auch sei der TOP 13 analog zum HFA von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Fragen vor.

2./ Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2014 der Stadt Haan Vorlage: 20/023/2016

Protokoll:

Stv. Wetterau zeigt sich für die CDU-Fraktion erfreut darüber, dass der Jahresabschluss so früh vorliege.

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Jugendhilfeplanung - Kindertagesstättenbedarfsplanung 2016/17
Vorlage: 51/105/2016

Protokoll:

Stv. Lukat und **Stv. Sack** erkundigen sich nach dem aktuellen Fehlbedarf an Kindergartenplätzen bzw. der aktuellen Haaner Bedarfsdeckungsquote für Kindergartenplätze.

VA Tober erläutert, die Verwaltung habe vor ca. 1 Woche 132 Absagen an Haaner Eltern verschickt. Diese beträfen etwa hälftig sowohl U 3- als auch Ü 3-Kinder und seien aufgrund evtl. geplanter Überbelegungen noch nicht als finale Zahl anzusehen.

1.Bgo.Formella ergänzt, der jeweils aktuelle Fehlbedarf müsse im JHA zum Dauer-TOP werden, da man sich über die neue Kindergarten-Bedarfsplanung nicht erst im Herbst Gedanken machen dürfe.

Stv. M. Klaus möchte wissen, ob es sich hierbei um eine bereinigte Zahl handele.

VA Tober verneint dies unter Hinweis auf die Rückmeldungen der Eltern, die alternative Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder ausloteten.

Beschluss:

Die „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan“ wird in Bezug auf die KiTa-Beitragsbemessung gemäß dieses Vorschlages der Verwaltung als Variante 2 mit Wirkung ab 01.08. 2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**4./ Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan
Vorlage: 51/104/2016**

Protokoll:

Stv. Ruppert möchte wissen, welche finanzielle Bedeutung die final interfraktionell ausgehandelte Staffelung für den Haushalt der Stadt habe.

StVR Abel erläutert, es ergebe sich ein Mehrertrag in Höhe von jährlich 270.000 € gegenüber den Planungsansätzen.

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Haan wird mit Wirkung vom 01.08.2016 in der Fassung, die sich aus dem Bericht über die interfraktionelle Zusammenkunft ergibt (Anlage 2) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**5./ Einrichtung einer Stabsstelle „Stadtmarketing, Bürgerdialog, Öffentlichkeitsarbeit“ mit einem Stellenanteil von 1,0 (EG 11)
Vorlage: 10/070/2016**

Beschluss:

Der Rat stimmt der Aufnahme einer Vollzeitstelle für die Stabsstelle „Stadtmarketing, Bürgerdialog, Öffentlichkeitsarbeit“ im Stellenplan 2016 zu.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja- und 15 Nein-Stimmen

6./ Stärkung des Gebäudemanagements Haan für die anstehenden Aufgaben **Vorlage: 65/017/2016**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Gebäudemanagement eine zusätzliche, unbefristete Stelle eines technischen Sachbearbeiters (TVöD 10, Personalkosten ca. 58.000 € jährlich) für die Umsetzung von Baumaßnahmen und Sondermaßnahmen der Bauunterhaltung zu schaffen und diese schnellstmöglich zu besetzen.

Die Funktion der technischen Leitung ist im Stellenplan 2016 aufzunehmen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Stellenplan 2016 eine zusätzliche, unbefristete Stelle eines Sachbearbeiters für technische Gebäudeausrüstung und Energiemanagement der städtischen Gebäude (TVöD 12, Personalkosten ca. 66.000,- € jährlich) aufzunehmen und diese schnellstmöglich nach Genehmigung des Haushalts 2016 zu besetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, als Übergangslösung 2 weitere Baustellen-Büro-Container für das Gebäudemanagement auf dem Parkplatz Alleestr. 8 aufstellen zu lassen. Für den Fall, dass der Neubau des geplanten Büro-Modulgebäudes an der Stelle der Kita Alleestr. nicht beschlossen oder erstellt wird, wird die Verwaltung beauftragt, spätestens ab dem Jahresbeginn 2018 für das Gebäudemanagement externe Büroräume anzumieten. (Kosten Bürocontainer ca. 30.000 €).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Grundlagen zur Einrichtung einer zentralen Servicestelle zu ermitteln und deren Einführung so weit als möglich voranzutreiben. Mittelfristig soll die Anschaffung einer FM-Software geprüft werden. (Reine Sachkosten)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7./ Perspektivische Entwicklung der Gebäude der Haaner Stadtverwaltung
- hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2016**

7.1. Handlungsalternativen für Verwaltungsgebäude der Haaner Stadtverwaltung

Vorlage: 65/018/2016

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke trägt ein Änderungsansinnen der Verwaltung in Form einer modifizierten Beschlussziffer 2 vor und erläutert dieses.

Hierzu wird keine Widerrede geführt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung Haan mindestens 4 Handlungsalternativen in einer vergleichenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auszuarbeiten und darzustellen.
2. Für den ersten Projektschritt werden im Produkt 011300 - Gebäudemanagement -85.000 Euro konsumtiv bereitgestellt.
3. Der Neubau des kleinen Bürogebäudes an der Alleestraße wird zunächst nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden)
Vorlage: 51/101/2015/1

Beschluss:

1. Die in Anlage 1 zu dieser Vorlage vorgelegte **Entgeltbedarfsberechnung zur Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden)** wird beschlossen.
2. Die **Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spät-**

aussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) in der Fassung der Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**9./ Steuerliche Optimierung der städtischen Beteiligungen -
Beauftragung einer externen Begutachtung
Vorlage: BM/005/2016**

Beschluss:

Es wird eine externe Begutachtung zur steuer- und kartellrechtlichen Optimierung der Beteiligungen beauftragt.
Die erforderlichen Mittel von voraussichtlich 60.000 € brutto werden vom Rat bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja- und 4 Nein-Stimmen

**10./ Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)
Vorlage: 20/021/2016**

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) der Stadt Haan vom 08.03.2016 wird wie folgt geändert:

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs.1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), des § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16.12.1981 (GV. NRW S. 732), des § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965) sowie des § 16 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167) - in ihren z. Zt. geltenden Fassungen - hat der Rat der Stadt Haan am 08.03.2016 folgende Satzung zur Festsetzung der Hebesätze beschlossen:

§ 1

Die Steuersätze für die Realsteuern werden ab dem 1.1.2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	(Grundsteuer A)	auf 219 v.H.
1.2 für die Grundstücke	(Grundsteuer B)	auf 433 v.H.

2. Gewerbesteuer

v.H.

auf 421

§ 2

Die Satzung tritt am 01. Januar 2016 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

10. Antrag der FDP-Fraktion zur Gewerbesteuer / HSK vom 28.02.2016**1./**

Protokoll:

Stv. Ruppert erläutert den FDP-Antrag. Danach sei festzuhalten, dass das Rechnungsergebnis des Jahres 2014 ein nur halb so großes Defizit ausweise, wie es der Ansatz angedroht habe. Dies wiederhole sich glücklicherweise nun schon seit dem Jahr 2010. Untersuchungen zeigten, dass Haushaltsprobleme durch Steuererhöhungen nicht dauerhaft gelöst werden könnten. Heute verzeichne man im Schnitt 40 % höhere Steuersätze in den Kommunen als zur Jahrtausendwende, könne aber nur 10 % höhere Steuereinnahmen generieren. Die Stadt habe nachwievor kein Einnahmesondern ein Ausgabeproblem. Der Antrag diene dazu, die vorgesehene Steuererhöhung 2019 zu verhindern.

Stv. Stracke moniert die Kurzfristigkeit dieses Antrages, der in seiner Eigenschaft als Tischvorlage zum Rat von den Fraktionen nicht beraten werden könne. Durch das Wort „dauerhaft“ würden auch die nachfolgenden Räte gebunden. Daher könne die SPD nur zustimmen, wenn auf das Wort dauerhaft verzichtet werde.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, eine ähnliche Resolution sei schon einmal vom Rat gefasst worden. Sie könne keinen Mehrwert für die Haushaltsberatungen darin erkennen.

Stv. Ruppert ergänzt, es gehe auch darum zu verdeutlichen, dass unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssten und Einschnitte in liebgewonnene Projekte erforderlich seien.

Stv. Lemke möchte auf der einen Seite für ansiedlungswillige Gewerbebetriebe attraktiv bleiben, zum anderen sich aber nicht unnötig von wichtigen Dingen trennen.

Bgm. Dr. Warnecke bietet an, die Verwaltung könne der Politik noch einmal eine Auflistung aller Einsparpotenziale präsentieren.

Darin sieht **Stv. Sack** nur wenig Sinn, zumal er daran erinnert, dass es eine solche Liste mehrfach gegeben habe und die sich daraus ergebenden Einsparpotenziale als gering anzusehen gewesen seien. Er halte den Antrag schlicht für überflüssig und sieht die Konsolidierung des städtischen Haushaltes als gemeinsame Aufgabe von Verwaltung und Politik an. Der UA OPC könne regelmäßig hierzu beraten.

Stv. Wetterau empfiehlt seitens der CDU nichts zu überstürzen und evtl. Steuernachzahlungen darauf zu verwenden, die Steuer nicht anheben zu müssen. Außerdem erinnert er an den offenen „Soli-Prozess“ gegen das Land NRW.

Stv. Stracke macht auf die noch erheblichen Ausgaben aufgrund der Flüchtlingssituation aufmerksam. Dem FDP-Antrag fehle es an einem Sparvorschlag.

Stv. Giebels findet, der Rat habe keine aktuelle Diskussion mehr zur Finanzstruktur des Hauses geführt. Durch neues Personal an verschiedenen Positionen herrschten mittlerweile andere Gegebenheiten. Aus seiner Sicht müsse eine solche Debatte außerhalb der Haushaltsberatungen geführt werden.

Stv. Lukat möchte nicht wieder nur eine Absichtserklärung ohne Konsequenzen fassen.

Stv. Ruppert modifiziert seinen Beschlussvorschlag und verzichtet u.a. auf das Wort „dauerhaft“.

Stv. Lerch erklärt, die Beauftragung der Verwaltung mit einer solchen Liste würde implizieren, die Verwaltung wäre untätig. Ein solche Unterstellung würde die GAL-Fraktion nicht mittragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2017 ff unter Berücksichtigung der z. Zt. geltenden Gesetzgebung weiterreichende Konsolidierungsmaßnahmen aufzuzeigen, um weitere Gewerbesteuererhöhungen, wie sie im Haushalssicherungskonzept ab 2019 vorgesehen sind, entbehrlich werden zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen

11./ Beratung und Beschluss des Entwurfes der Haushaltssatzung 2016

11. Beratung des Haushaltes 2016, des Stellenplanes 2016 und des Haushaltssicherungskonzepts bis 2020 für den Bereich des Jugendamtes **1./ Vorlage: 51/106/2016**

Protokoll:

Dem Vorschlag der **Bgm. Dr. Warnecke** entsprechend, wird die Beratung der TOP 11.1 und 11.2 zu einem TOP verschmolzen. Die Beratungen werden unter TOP 11.2 protokolliert.

11. Stellenplan 2016 **5./ Vorlage: 10/066/2016**

Protokoll:

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, der Stellenplan werde nicht unterstützt, weil er keine Konsolidierung abbilde.

Stv. Stracke bekräftigt seitens der SPD-Fraktion, der Stellenplan sei nicht zustimmungsfähig, weil er Maßnahmen enthalte, die den beschlossenen Sparvorgaben zuwider stünden. Insgesamt seien die Kosten für das Haaner Stadtmarketing als zu hoch anzusehen, es gebe wichtigere Bereiche innerhalb des städtischen Haushalts.

Die Fraktionen von CDU, FDP, GAL und Stv. Abel stimmen dem Stellenplan mit mehr oder weniger Bedenken zu.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf und unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Rates vom 08.03.2016 verabschiedet.

Den unter 2.9 aufgeführten personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird zugestimmt.

Die Einrichtung von neuen Planstellen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 12.05.2015 (TOP 9.2.2) weiterhin nur in begründeten Ausnahmefällen mit Zustimmung des Rates zulässig.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015).

Abstimmungsergebnis:

21 Ja- und 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

11. Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2016
6./ Vorlage: 20/022/2016

Protokoll:

Im Vorfeld der Abstimmung über die Gesamtänderungsliste der Verwaltung mit Stand 02.03.2016 (Anlage 1 zu Vorlage 20/022/2016/1) erklärt **Stv. Lukat** für die WLH-Fraktion, diese wegen enthaltener nicht zustimmungsfähiger Einzelpositionen ablehnen zu wollen.

„Die Gesamtänderungsliste der Verwaltung mit Stand vom 02.03.2016 wird mit 34 Ja- und 4 Nein-Stimmen beschlossen.“

Im Folgenden wird über die Liste der Änderungsanträge (Anlage 2 zu Vorlage 20/022/2016/1) beraten.

Zum Antrag der SPD-Fraktion, ab dem Haushaltsjahr 2017 den Haushaltsplan nach den Grundsätzen eines kommunalen Bürgerhaushaltes aufzustellen, verliert **Stv. Stracke** einen bereits interfraktionell abgestimmten Änderungsantrag.

„Die Stadt Haan setzt den Beschluss des Rates aus dem Jahr 2005, in Haan einen Bürgerhaushalt einzuführen, schrittweise um. Nach dem ersten Schritt, der Haushaltstour per Bus, soll die Verwaltung bis zum Ende der Sommerpause vorlegen, wie sie den Haushaltsplan 2017 mit mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht, um hier eine Verbesserung der Transparenz und des Diskurs herbeizuführen.“

einstimmig beschlossen

Zum Antrag des SKFM auf Defizitausgleich führt **1.Bgo. Formella** aus, es habe ein Gespräch mit dem SKFM stattgefunden. Quintessenz sei gewesen, dass man nicht nur für das Schuljahr 14/15 mit einer Unterdeckung von ca. 25.000 € rechne, sondern auch für die Schuljahre 15/16 und 16/17. Davon fielen 10 % in den Bereich Sachkosten und etwa 5 % seien dem Overhead geschuldet.

Stv. Sack meint, die Defizithöhe sei nachvollziehbar und daher anzuerkennen. Es gelte nun, im Qualitätszirkel einen neuen Standard zu erarbeiten.

Stv. Lukat erkundigt sich, ob die anderen Träger schon berücksichtigt seien.

1.Bgo. Formella kündigt an, neue Diskussionen für den Fall führen zu wollen, dass sich die Tarifstrukturen weiterhin in dieser Art fortschrieben.

„Dem SKFM Haan wird ein Defizitausgleich in Höhe von 50.000 € gewährt. Dieser

spaltet sich wie folgt auf:

Schuljahr 14/15	20.000 €
Schuljahr 15/16	20.000 €
Schuljahr 16/17	10.000 €.“

einstimmig beschlossen

Zum Antrag der AWO auf Übernahme des Trägeranteils für das Projekt „Willkommen in Deutschland“ eröffnet **Bgm. Dr. Warnecke** mit dem Hinweis, es bestehe Einigkeit mit der AWO, dass es nicht zu Doppelstrukturen bei den Hilfen für Flüchtlinge kommen solle. Die Stadt müsse diese weitere Stelle koordinieren. Die konkrete Aufgabenbenennung solle der SIA klären. Es sei ein Sperrvermerk zu setzen.

Sprecher aller Fraktionen begrüßen das Engagement der AWO und stimmen zu.

Stv. Stracke streicht heraus, auf das Setzen eines Sperrvermerkes könne verzichtet werden, da erst Gelder fließen sollen, wenn die Bewerbung der AWO erfolgreich sei.

„Die Stadt Haan unterstützt die Bewerbung der AWO für das Projekt „Willkommen in Deutschland“ durch Übernahme des Trägeranteils in Höhe von 5.000 €.“

einstimmig beschlossen

Stv. Lemke berichtet über das Anliegen des TSV Gruiten, das marode Sportlerheim zu renovieren bzw. umzubauen.

1.Bgo. Formella erläutert, die Sportpauerschale könne hierzu aus dem Jahr 2015 investiv und 2016 konsumtiv eingesetzt werden. Diese könne auch für konsumtive Maßnahmen wie zur Bauunterhaltung verausgabt werden. Derzeit läge aber noch kein Antrag seitens des Vereins vor.

Bgo. Alparslan dämpft die Erwartungen, da die vorliegende Bausubstanz sehr schlecht sei.

Stv. Lukat plädiert für eine Gleichbehandlung zwischen dem Sportplatz in Gruiten und dem modernisierten an der Hochdahlerstraße.

Es besteht Einvernehmen, die Thematik im nächsten BKSA zu vertiefen.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2016 in der Fassung des Entwurfs vom 26.01.2016 wird unter Berücksichtigung der sich
 - a) aus der Anlage 1 „Gesamtveränderungsliste zum Stand 02.03.2016“ ergebenden Veränderungen,
 - b) aus den vom Rat beschlossenen Anträgen Nr. 2 und 3 lt. Anlage 2 und

c) den vom Rat beschlossenen Änderungen zum Stellenplan 2016

beschlossen.

2. Die Haushaltssatzung wird in der als Tischvorlage vorgelegten Fassung mit folgenden Änderungen beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

<i>dem Gesamtbetrag der Erträge auf _____</i>	<i>90.598.307</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf _____</i>	<i>97.773.074</i>	<i>EUR</i>

im Finanzplan mit

<i>dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf _____</i>	<i>87.866.173</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf _____</i>	<i>91.846.493</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf _____</i>	<i>2.882.961</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf _____</i>	<i>9.465.858</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf _____</i>	<i>6.620.000</i>	<i>EUR</i>
<i>dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf _____</i>	<i>2.131.887</i>	<i>EUR</i>

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

<i>_____</i>	<i>7.174.767</i>	<i>EUR</i>
--------------	------------------	------------

festgesetzt.

Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 wird in der mit dem

Haushaltsplanentwurf vorgelegten Fassung beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Gesamtergebnisplan 2020 sind aus Anlage 4 ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

Ziffern 1+2: 23 Ja- und 15 Nein-Stimmen

Ziffer 3: 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

**11. Jährliche Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen im Finanzplan (kameraler Begriff: Übertragung von Haushaltsausgaberesten)
7./ hier: Übertragung von Ermächtigungen aus 2015 nach 2016
Vorlage: 20/024/2016**

Beschluss:

Die Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen im Finanzplan von 2015 nach 2016 entsprechend der **Anlage** zu dieser Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**12./ Gestaltungsbeirat Haan – Benennung der Mitglieder
Vorlage: 61/101/2016**

Beschluss:

Der Rat beruft folgende Personen als stimmberechtigte Mitglieder in den Gestaltungsbeirat der Haan, für den Zeitraum bis März 2019.

- Prof.i.V. Dipl.-Ing. Andrea Salgert, Architektin, Düsseldorf
- Dipl.-Ing. Matthias Funk Landschaftsarchitekt, Düsseldorf
- Dipl.-Ing. Eckehard Wienstroer, Architekt und Stadtplaner, Neuss

Sowie als ebenfalls stimmberechtigte Stellvertreter:

- Dipl.-Ing. Stefan Krapp, Bauassessor, Stadtplaner, Aachen
- Dr.-Ing. Stephan Strauß, Architekt, Architekturhistoriker, Krefeld

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**13./ Ortseingangsschild der Gartenstadt Haan
hier: Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 07.12.2015
Vorlage: 66/026/2016**

Protokoll:

Dieser TOP wurde von der heutigen Tagesordnung genommen.

**14./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2
Gemeindeordnung NRW
hier: Mittelbereitstellung in Höhe von 99.800 € für den Einsatz eines
Sicherheitsdienstunternehmens im Zusammenhang mit der Unterbringung
von Flüchtlingen
Vorlage: II/016/2016**

Beschluss:

Die mit Datum vom 10.02.2016 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 Gemeindeordnung NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß Anlage 1 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**15./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2
Gemeindeordnung NRW
hier: Zusätzliche Mittelbereitstellung in Höhe von 292.080 € für den Einsatz
eines Sicherheitsdienstunternehmens und in Höhe von 738.810 € für das
Vergabeverfahren für die Standorte Düsselberger Str. und Kaiserstr. im
Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: II/017/2016**

Beschluss:

Die mit Datum vom 14.02.2016 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 Gemeindeordnung NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß Anlage 1 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 16./ Anzeige von Nebentätigkeiten gem. Korruptionsbekämpfungsgesetz**
a) Anzeige gem. § 18 Abs. 1
b) Aufstellung gem. § 18 Abs. 2
Vorlage: 10/071/2016
-

Beschluss:

„Der Rat nimmt die Anzeige der Bürgermeisterin über ihre ausgeübten Nebentätigkeiten im Jahre 2015 zur Kenntnis.“

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 17./ Frauenförderplan der Stadt Haan 2016 bis 2018**
Vorlage: GSB/001/2016
-

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz führt seitens der SPD-Fraktion aus, der Frauenförderplan der Stadt Haan habe zu seiner Kenntnisnahme im Rat insofern eine Punktlandung erfahren, als heute der Tag der Frauen sei. Sie lobt die gute Strukturierung des Frauenförderplans. Für die hierin aufgezeigten anzugehenden Aufgaben „Arbeitszeitoptimierung/Telearbeitsplätze“ regt sie die Bildung eines Arbeitskreises an. Auch die Ausbildung in Teilzeit müsse noch weiter ausgebaut werden. Sie beklagt, dass eine Parität zwischen Männern und Frauen auch in den Haaner Führungspositionen noch nicht gegeben sei.

Stv. Morwind sichert der Gleichstellungsbeauftragten für die anstehenden Aufgaben die Unterstützung der CDU-Fraktion zu.

Beschluss:

Der Frauenförderplan der Stadt Haan für die Jahre 2016 bis 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

18./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Im **SUVA** ersetzt Herr Jörg Rau für die AfD-Fraktion als neues ordentliches Mitglied Stv. Frank Scheler, der dessen Stellvertreter wird.

Im **JHA** lautet die neue Besetzung der CDU-Fraktion: Stv. Endereß (ordentliches Mitglied) / Stv. Morwind (Stellvertretung), Stv. Bartz-Jetzki (ordentliches Mitglied) / Stv. Mentrop (Stellvertretung) und AM Groters (ordentliches Mitglied) / AM David Schmitz (Stellvertretung).

Im **Volkshochschul-Zweckverband Hilden-Haas** ersetzt Stv. Ulrich Klaus für die SPD-Fraktion die Stv. M. Klaus.

Im **BVFOA** ersetzt Stv. Marion Klaus für die SPD-Fraktion AM Petersen.

Im **SIA** ersetzt AM Hans Lenz für SPD-Fraktion den AM Schneider.

Herr AM Schneider wird für alle zulässigen Ausschüsse als allgemeiner Vertreter benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

19./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke beantwortet die Anfrage der WLH-Fraktion zur Website für Flüchtlinge dahingehend, dass die Erstellung 4.030 € plus einmalig 572 € an Hosting-Gebühren gekostet habe. Weitere dauerhafte Kosten für die Website entstünden nicht. Einen Preisanstieg im Verfahren, wie von der WLH suggeriert, habe es nicht gegeben.

Ferner bittet sie die Antragstellerin, ihre Anträge und Anfragen der Presse nicht in Blindkopie zu versenden, da dies dem allseits von der WLH-Fraktion immer wieder eingeforderten Transparenzgebot widerspräche.

Weitere Anfragen der WLH-Fraktion werden wie folgt beantwortet:

1. Welche gemeinsamen Maßnahmen hatte die Wirtschaftsförderung der Stadt Haan seit März 2015 mit dem interessierten Handel, der IHK und dem Einzelhandelsverband erarbeitet, gem. der einstimmigen Beschlussfassung des WLSTA vom 05.03.2015?

Antwort der Verwaltung:

Die Wirtschaftsförderung hat zunächst die Ergebnisse der Befragung der IHK zum Online-Handel abgewartet. Die Ergebnisse liegen nun vor. In der laufenden Betreuung des Handels wird auf den Online-Handel als weiteren Vertriebskanal hingewiesen. In der Dialogveranstaltung mit dem Handel am 11.3. wird der Online-Handel ebenfalls aufgegriffen. Auf die Vorlage WTK 001/2016 und die Behandlung im WLSTA am 17.3.2016 wird verwiesen.

2. Wir bitten, dass dazu jetzt informiert wird. War der „separate Button“ auf der hp eine dieser Maßnahmen?

Antwort der Verwaltung:

Bei dem Button präziser: Verlinkung handelt es sich um die Weiterleitung zu einer Seite in Anlehnung an www.einkaufen-in-hilden.de, die die Wirtschaftsförderung gerne mit Partnern wie der Aktionsgemeinschaft „Wir für Haan“ realisieren möchte.

3. Muss die Antwort Ihrer Stabsstelle nun so verstanden werden, dass der City Guide Haan nun nicht mehr von dieser unterstützt wird?

Antwort der Verwaltung:

Die Inhalte der City App sind veraltet. Dieses Projekt ist nicht gut gelaufen. Mit der Übernahme eines neuen Geschäftsführers Mitte März, wird ein neuer Anlauf gestartet.

4. Warum wird eine Diskussionsveranstaltung mit Haaner Einzelhändlern im Hotel Savoy und nicht kostenneutral im Ratssaal der Stadt Haan veranstaltet?

Antwort der Verwaltung:

Der Veranstaltungsraum wird vom Hotel nicht in Rechnung gestellt. Der Standort soll eine Wertschätzung für die Einzelhändler ausdrücken.

5. Wurden zu der Veranstaltung auch die Einzelhändler aus Gruiten eingeladen?

Antwort der Verwaltung:

Ja.

6. Warum wurde eine Veranstaltungszeit an einem Freitagnachmittag, 15 Uhr, von Ihnen gewählt, welche gerade für die vielen inhabergeführten Einzelhandelsgeschäfte in Haan problematisch ist?

Antwort der Verwaltung:

Zum einen liegen zu dieser Veranstaltung bereits viele Anmeldungen vor. Zum anderen hat die Verwaltung eine zweite Veranstaltung dieser Art für den 13. April, 19 Uhr im April geplant, um auch den Handel zu erreichen, der nur vom Inhaber ohne Mitarbeiter geführt wird.

20./ Mitteilungen

Protokoll:

Zur unruhigen Situation an der OGS Unterhaan berichtet **Bgm. Dr. Warnecke** zwei Briefe verfasst zu haben: Zum einen habe sie den Eltern der Schüler mitgeteilt, dass der neue Träger gem. § 613 a BGB alle Mitarbeiter (Lehrer) übernehmen werde, man Kündigungen aus persönlichen Gründen aber nicht verhindern könne. Zum anderen habe sie den Mitarbeitern der Privaten Kindergruppe zugesichert, auch beim neuen Träger beschäftigt zu werden.

Stv. Lerch teilt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses mit, dass die Sondersitzung des RPA, ursprünglich für den 14.04.2016 vorgesehen, nun am 19.04.2016 um 17 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses stattfindet.

Stv. Schniewind bittet bei Mails aus dem Rathaus an die Politik darum, nicht alle Verteiler offen zu gestalten. Dies berge die Gefahr von Infizierung durch Schadsoftware auf den betroffenen Rechnern.